

Reisebericht: Informationsbesuch in der Demokratischen Republik Kongo vom 7. bis 11. März 2006

Berlin, 13. März 2006

1. Ziel der Reise

Aufgrund der Anfrage der VN an die EU Ende Dezember 2005, ob sie bereit wäre, militärische Kräfte bereitzustellen, die den Wahlprozess in der DRC absichern könnten, entbrannte in Deutschland und der EU eine heftige Diskussion um einen solchen möglichen Einsatz. Der zunächst diskutierte Einsatz einer deutsch-französischen "battlegroup" wurde von BK Merkel und Präsident Chirac beendet. Allerdings wurde gleichzeitig signalisiert, dass man jenseits eines solchen Einsatzes über die die Bereitstellung von militärischen Kapazitäten nachdenken wolle. Der mögliche Einsatz der Bundeswehr im europäischen Rahmen in der DRC löste vor allem unter den Fachpolitikerinnen und -politikern eine heftige, kontroverse Debatte aus. Ziel der Reise war es also, sich vor Ort in Kinshasa ein Bild von der politischen Lage zu verschaffen und - wenn möglich - daraus Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit zu gewinnen.

2. Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo (DRC)

In den Köpfen der deutschen und europäischen Öffentlichkeit haben sich die Ereignisse in der DRC während der letzten zehn Jahre eingepreßt. Der Sturz Mobutus, die Machtübernahme von L.D. Kabila und vor allem die Bürgerkriegssituation, die durch dramatische Menschenrechtsverletzungen und eine humanitäre Katastrophe gekennzeichnet war sind Stichworte in dieser Diskussion. Nicht in unserem Blick ist die Tatsache, dass die DRC sich jetzt seit dem Waffenstillstand 2001 in einem systematischen Übergangsprozess befindet, der von den ehemaligen bewaffneten Gruppen, der politischen Opposition und der Zivilgesellschaft begleitet wird. (s. dazu auch Chronogramm). Diese Entwicklung wird von der internationalen Gemeinschaft aktiv durch eine Vielzahl von Maßnahmen begleitet. Dazu gehören die Maßnahmen zur Rückführung von ehemaligen Kämpfern in die Zivilgesellschaft (ca. 90.000 Soldaten wurden demobilisiert), Zusammenführung von ehemaligen Kindersoldaten mit ihren Familien ebenso wie militärische UN-Präsenz durch MONUC mit mittlerweile durchaus akzeptablen und vorzeigbaren Erfolgen, Ausbildungsunterstützung, die EU-Polizeiberatermission EUPOL und konkrete Hilfe bei der Vorbereitung demokratischer Wahlen um nur einige wenige Punkte zu nennen. Eine neue Verfassung wurde verabschiedet. Am 09. März 2006 trat das Wahlgesetz in Kraft. Damit wurde die Voraussetzung für die Wahlen am 18. Juni geschaffen. Ein Wahlkalender liegt vor. Die Kandidatinnen und Kandidaten können sich jetzt in einer Zwei-Wochen-Frist einschreiben. Danach erfolgt die Prüfung der Wahlvorschläge und der Druck der Stimmzettel. Die Verteilung der Stimmzettel wirft noch einige logistische Probleme in dem Flächenland auf, scheint aber händelbar. Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sollen dann am 18. Juni 2006 sein. Ab Mitte Mai ist Wahlkampf.

3. Aktuelle Situation – Sicherheitslage

Tatsache ist, dass die Bevölkerung der DRC demokratisch wählen will, endlich nach mehr als vier Jahrzehnten. Die Gesprächspartner aus den internationalen Organisationen, die mit der Wahlvorbereitung beschäftigt sind und waren zeigten sich tief beeindruckt von der Aufbruchstimmung und emotionalen Dimension des Prozesses. Es gibt Bürger, die 100 km und mehr zu Fuß zurücklegen, um sich in die Wählerverzeichnisse einzutragen. Mehr als 25 Mill. Kongolesen haben sich registrieren lassen und zwar unter internationaler Kontrolle und nach menschlichem Ermessen fälschungssicher. In einem von uns besuchten Centre d'orientation, dort wo ehemalige Soldaten entweder zivile Perspektiven entwickeln können oder eine Entscheidung für die Integration in demokratische Streitkräfte treffen, versicherte uns ein offensichtlich sehr einfacher Landbewohner glaubwürdig, dass er des Kämpfens müde sei und nur noch in sein Dorf zurückkehren und wählen wolle. Dies trifft sich mit den Aussagen, die in vielen Gesprächen gemacht wurden, dass das Land insgesamt und seine Bevölkerung des Krieges mehr als müde sind. Alle verstehen die Wahl als den wichtigen und entscheidenden Schritt zu einer weiteren demokratischen Entwicklung. Notwendig erscheint dabei vor allem die Organisation eines funktionierenden öffentlichen Bildungssystems, Aufbau von unabhängiger Justiz und Verwaltung sowie wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Prozess spielt sich in einer sog. "post conflict" Situation ab und ist selbstverständlich nicht frei von Risiken. Die politischen Kräfte streiten um Details, sind sich nicht einig über Verfahren und Abläufe, Oppositionelle fühlen sich benachteiligt und machten dies auch in den Gesprächen zum Teil in einer offensiven, gelegentlich aggressiven Form, deutlich. In der vergangenen Woche gab es eine erste politische Demonstration, die von der Polizei - in einer gewissen Überreaktion - aufgelöst wurde. Die Lage wird derzeit von den internationalen Gesprächspartnern von Militär und Polizei als ruhig, aber nicht stabil beschrieben. Es gibt zwar einigermaßen verlässliche Erkenntnisse über den Stand der Demobilisierung, weniger verlässliche allerdings über die Entwaffnung. Der Aufbau demokratischer Streitkräfte, die Ausbildung der Polizei, die den Wahlprozess sichern soll, ist ebenfalls noch nicht perfekt. Die teilweise starke Unzuverlässigkeit der Sicherheitskräfte liegt vor allem an ihrer

mangelhaften Bezahlung. General Joana von EUSEC versicherte uns, dass er gute Fortschritte bei der Organisation der Auszahlung des Soldes direkt an die Soldaten mache. Er sei allerdings im Zeitverzug. Er brauche dringend das zugesagte Personal. Die Sicherheitslage im Osten des Landes ist nach wie vor labil. Sowohl Botschafter Buchholz wie auch General Houdet, MONUC, zeigten sich aber optimistisch und betonten bereits erzielte Fortschritte. General Houdet betonte selbstbewusst, dass nach seiner Einschätzung noch vorhandene Rebellen im Osten, den Wahlprozess nicht entscheidend stören. Als Risiko werden auch die bewaffneten Gardes der konkurrierenden Präsidentschaftsbewerber gesehen, die dann eingreifen könnten, wenn der gewünschte politische Erfolg nicht eintritt. Kabila selbst verfügt über eine ca. 14.000 Mann starke Garde und damit die größte private Sicherheitskapazität. Fazit: Es gibt klar definierbare Sicherheitsrisiken, die aber von den Gesprächspartnern fast einmütig als beherrschbar angesehen werden. Optimistische Feststellungen gehen sogar so weit, dass der Prozess vor, während und nach der Wahl auch absolut ruhig ablaufen könne. Genährt wird diese Prognose von der Tatsache, dass die Wahlen jetzt im absoluten Fokus der Weltöffentlichkeit stattfinden, die Bevölkerung den absoluten Willen durch Durchsetzung ihres demokratischen Wahlrechtes hat und jeder, der den Prozess jetzt noch in Frage stellt oder gar boykottiert, zwingend scheitern müsse. Die optimistischste Erwartung geht von einem vollen Erfolg friedlicher Wahlen und einem ebenso vollen politischen Erfolg (kleines Wirtschaftswunder) nach den Wahlen aus.

4. Definition von Interessen

Welche Abwägungen hat deutsche und europäische Politik in dieser Situation zu treffen? Deutsche Politik definiert in der DRC keine klassischen Interessen. Trotzdem lohnt es auf einige Gesichtspunkte im Sinne von Interesse hinzuweisen: Deutschland hat ein Interesse, die UN zu stärken. Der Brief aus New York nach Brüssel lenkt zudem das Augenmerk auf die Verbindung des oft zitierten deutschen Willens nach einer durchsetzungsfähigen Weltorganisation mit dem ebenso klar definierten Anspruch europäische Handlungsfähigkeit sowohl politisch wie militärisch zu entwickeln. Die Forderung nach einer personellen Aufstockung der MONUC-Operation fand im Sicherheitsrat keine Mehrheit, deshalb der Hilferuf an Europa. Indirekt würde also die UN über ein Mandat für den europäischen militärischen Einsatz für die DRC gestärkt. Europa zeigt Handlungsfähigkeit. Deutschland leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Zudem könnte die Diskussion über den EU-Einsatz im Sicherheitsrat auch zu einer Aufstockung bzw. Stärkung von MONUC führen. Letztlich wäre eine solche Entscheidung aber auch folgerichtig im Sinne der bisher geleisteten "Investitionen" - auch in dem Sinne, dass Deutschland für seine neue Außenpolitik, dass Militärische als einen kleinen, gelegentlich aber wichtigen Baustein betrachtet. Die DRC ist im sicherheitspolitischen Sinn der klassische Kandidat eines "failing states" oder - positiv ausgedrückt: die Unterstützung des Wahlprozesses ist ein Projekt des "nation building". Deutschland hat den bisherigen Friedensprozess darüber hinaus sowohl bilateral als auch im europäischen Rahmen unterstützt. Stichworte dafür sind die Unterstützung des kongolesischen Versöhnungsdialogs, des Wahlprozesses, Projekte im Bereich der Menschenrechte, Beteiligung bei Programmen der Weltbank zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kämpfern, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Nicht ohne Grund bekennt sich die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht nur zu ihren Projekten, sondern auch zu einem möglichen Militäreinsatz. Peter Struck hat in seiner Zeit als Verteidigungsminister immer wieder darauf hingewiesen, dass der afrikanische Kontinent in Zukunft wesentlich stärker auf der Tagesordnung der europäischen Politik stehen wird. Zudem hat Deutschland sich im Rahmen der britischen EU-Präsidentschaft zu Afrika bekannt. Deutschland vertritt derzeit die EU vor Ort und wird im kommenden Jahr selbst die EU-Präsidentschaft innehaben. In allen Gesprächen waren die Signale klar: Europa – vor allem aber Deutschland - ist willkommen in der DRC. Die Bevölkerung verbindet mit einem solchen Engagement ein Bekenntnis zur demokratischen Entwicklung. Die Erwartung wurde immer wieder klar formuliert: Die EU bringt mehr Stabilität. Entscheidend ist eine psychologische Wirkung der Präsenz verbunden mit einer politischen Neutralität gegenüber dem Wahlprozess selbst. Das politische Standing Europas ist offensichtlich hervorragend. Es wird u.a. genährt durch den Erfolg der ARTEMIS-Mission. ARTEMIS, als von Europa durchgeführte VN-Mission, hat der Zivilbevölkerung in Bunia einen erfahrbaren Sicherheitsgewinn gebracht. General Houdet versicherte, dass er in Bunia von der Bevölkerung wie ein Held gefeiert werde. Ganz offensichtlich hat gerade die ARTEMIS-Mission eine positive psychologische Wirkung weit über das eigentliche Mandatsgebiet hinaus erzielt. Malu-Malu, Leiter der unabhängigen Wahlkommission erwartet bzw. erbittet die europäische Unterstützung spätestens ab Mitte Mai zu Beginn des Wahlkampfes.

5. Deutsche Diskussionen

In der deutschen Diskussion gibt es einige Punkte, die es zu betrachten gilt: "Wir kennen uns dort nicht aus" ist ein oft formulierter Gedanke. Das trifft im Sinne von historischer Erfahrung auf jeden Fall zu. Es trifft aber nicht den Kern unserer neuen außen- und sicherheitspolitischen Debatte. Wir kennen uns auf dem Balkan aus, und glaubten wegen unserer belasteten Geschichte dort nicht militärisch aktiv werden zu können. Wir haben es trotzdem getan – mit einem gewissen Erfolg. Wir kannten uns ganz sicher nicht

aus in Afghanistan oder am Horn von Afrika, von den humanitären Einsätzen in Südostasien ganz abgesehen. Denn auch dort kennen wir uns nicht aus. Die neue Außen- und Sicherheitspolitik verlangt den selbstverständlichen Einsatz deutscher Streitkräfte, dort wo der politische Handlungsbedarf definiert wird. Aus vielen Gründen scheint dieser Handlungsbedarf für die DRC zu gelten. Es wird viel über den "overstretch" spekuliert. Ob eine mögliche Lead-Funktion über Potsdam und denkbare Kapazität von 500 Soldaten, möglicherweise "stand-by", zeitlich und räumlich begrenzt, wirklich "overstretching" bedeuten kann darf bezweifelt werden. Bedeuten wenige europäische Soldaten einen Zugewinn an Sicherheit für den Wahlprozess vor dem Hintergrund einer Präsenz von fast 17.000 Blauhelmen? Diese Frage wird auch zu recht gestellt. Unsere Gespräche haben gezeigt, dass die europäischen Kräfte eine sinnvolle Ergänzung im klar definierten Bereich der Hauptstadt für die Zeit der Wahlen sein können. MONUC konzentriert sich auf den immer noch unruhigen Osten des Landes und betreibt in Kinshasa ausschließlich Eigensicherung. Insbesondere der Sonderbeauftragte von Kofi Annan im Kongo, Botschafter William L. Swing, aber auch andere Gesprächspartner machten sehr klar, dass jetzt und auch in den kommenden Monate keine MONUC-Kräfte aus dem Osten in den Westen verlegt werden könnten. Mit überschaubarem Aufwand kann offensichtlich die Sicherung des politischen Umfeldes in Kinshasa betrieben werden, dort wo das Machtzentrum ist, dort wo sich die Wahlen entscheiden werden. Nur in Kinshasa gibt es die Gefahr von landesweit wirkender Destabilisierung und Umsturzversuchen. In Kinshasa und der näheren Umgebung sind die Gardes der Kandidaten für das Präsidentenamt stationiert. Sie sind nach Darstellung unserer Gesprächspartner nach europäischen Kriterien militärisch schlecht ausgebildet und unzureichend ausgerüstet. Bei der letzten größeren Krise im Juni 2005 sind sie in ihren Unterkünften geblieben, nachdem internationaler Druck auf Kabila ausgeübt worden war. Der Respekt vor modernen, gut trainierten und ausgerüsteten, insbesondere europäischen Truppen ist immens. In den letzten 40 Jahren haben kongolesische Truppen nie europäische Einheiten angegriffen. Eine kleine, gut sichtbare EU-Truppe könnte in dieser Lage eine große Wirkung entfalten. Eindeutig zurückgewiesen werden kann an dieser Stelle also die Vermutung, dass der Einsatz in Kinshasa nicht mehr als Eigensicherung (Evakuierung eigener Staatsbürger, Flughafensicherung u.a.) sei. Die EU-Truppe in Kinshasa hätte die Aufgaben von Wahlsicherung, Bürgerermutigung und Störabschreckung. Bleibt die Frage nach den Kindersoldaten! Mit internationaler Unterstützung durch entsprechende Programme - darauf wurde bereits verwiesen - wurden viele Soldaten, so auch Kindersoldaten demobilisiert. Es wurde ausdrücklich darauf verwiesen, dass es vor allem in Kinshasa keine Kindersoldaten gibt, sehr wahrscheinlich auch nie gab. Es wird nicht ausgeschlossen, dass es im Osten des Landes noch eine kleinere Zahl von Kindersoldaten gibt. Es ist jedoch auszuschließen, dass europäische Streitkräfte in Kinshasa auf diese treffen könnten.

6. Fazit

Die Reise nach Kinshasa und die dort gesammelten Informationen führen zu dem Ergebnis, dass wir in den Gremien des Deutschen Bundestages, vor allem gestützt auf militärische Beratung und entsprechende Vorschläge, ein tragfähiges Konzept - wie bereits angedacht - für einen möglichen Einsatz beraten und beschließen könnten. In der vergangenen Woche - vor allem nach dem Treffen der Verteidigungsminister - sind erste Konturen sichtbar geworden. Selbstverständlich ist die Forderung nach einem Beschluss des Sicherheitsrates. Ebenso selbstverständlich ist, dass die Regierung der DRC einem Einsatz europäischer Streitkräfte in ihrem Land zustimmen muss. Es ist in den Gesprächen (auch mit Regierungsvertretern) sehr deutlich geworden, dass mit einer solchen Zustimmung gerechnet werden kann, wenn der Auftrag ausformuliert ist. Es erscheint nachvollziehbar, dass die kongolesischen Gesprächspartner darauf hingewiesen haben, dass sie keinem Einsatz zustimmen können und wollen, den sie tatsächlich noch nicht kennen. Eine klare Begrenzung auf die Hauptstadt Kinshasa macht Sinn in Abgrenzung zu MONUC, auch mit Blick auf eine Konzentration der unterschiedlichen Kräfte. Hier sollten wir ein Augenmerk auf den speziellen Auftrag und die Ausrüstung legen. Offensichtlich macht vor allem auch eine "show of force" im Interesse einer gezielten Abschreckung Sinn. Bei MONUC wurden wir auch auf die Notwendigkeit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit im Kongo hingewiesen, die die Wirkungsmöglichkeiten von EU-Soldaten kommuniziert. Zitat: "Es geht darum, Angst (psychologische Wirkung gegenüber möglichen Störern) zu machen!" Die zeitliche Begrenzung ist in unserem eigenen Interesse notwendig. Ob vier Monate wirklich ausreichend sind, ist zu bezweifeln. Der Wahlkampf wird Mitte Mai beginnen. Der Wahltag soll am 18. Juni sein (Parlament und Präsident). Danach wird es in dem ausgedehnten Land eine Zeit brauchen, um das offizielle Wahlergebnis zu ermitteln. Es gibt keine Informationen über einen Termin für einen evtl. notwendigen zweiten Wahlgang für das Präsidentenamt, dann verknüpft mit den Provinzwahlen. Möglicherweise hilft eine enge zeitliche Begrenzung aber auch bei der Dynamik des Prozesses. Unsere Entscheidungsprozesse müssen nun zügig vorangebracht werden. Mit Blick auf die Diskussionen im Sicherheitsrat in New York, die EU-Abstimmungen und unsere eigenen Debatten im Bundestag sowie die Antwort aus Kinshasa bleibt wenig Zeit. Vor Ostern sollte über ein mögliches Mandat abschließend entschieden sein.

Programm

Dienstag, 07. März 2006

- 18.35 Uhr Flughafen N'Djili, Kinshasa
- 20.15 Uhr Ankunft im Hotel (Grand Hotel)

Mittwoch, 08. März 2006

- 08.30 Uhr Briefing durch Botschafter Buchholz
- 10.00 Uhr Gespräch mit dem Leiter der Unabhängigen Wahlkommission Abbé Apollinaire Malu-Malu
- 11.15 Uhr Gespräch mit dem Leiter der "Structure Militaire d'Integration" (SMI), M. Aimé Mbiato
- 14.00 Uhr Gespräch mit dem Leiter der Demobilisierungsbehörde CONADER, Daniel Kawata
- 15.00 Uhr Gespräch mit dem Leiter der zivilen EU-Beratermission EUSEC, General Joana
- 19.00 Uhr Gesprächsrunde mit Deutschen in internationalen Organisationen organisiert durch den "Verband deutscher Bediensteter in internationalen Organisationen (VdBIO)"

Donnerstag, 09. März 2006

- 08.00 Uhr Gespräch mit Botschafter William L. Swing, Sonderrepräsentant des VN-Generalsekretärs VN-Friedensmission MONUC
- 10.00 Uhr Gespräch mit General Christian Houdet, Chief of Staff, VN-Friedensmission
- 12.00 Uhr Nationalversammlung: Gespräch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, H. Mahano
- 13.00 Uhr Mittagessen in der Botschaft
- 17.30 Uhr Gespräch mit Journalisten
- 18.00 Uhr Empfang in der Residenz des deutschen Botschafters

Freitag, 10. März 2006

- 7.30 Uhr Abfahrt nach Kimpoko
- 8.30 Uhr Besichtigung des "Centre d'orientation" in Kimpoko
- 10.30 Uhr Besichtigung des Sägewerks der Firma "SIFORCO" Tochterunternehmen der Danzer Furnierwerke Reutlingen in Maluku, Gespräch mit der Firmenleitung
- 12.30 Uhr Mittagessen auf Einladung der Firma SIFORCO
- 14.00 Uhr Rückfahrt nach Kinshasa
- 15.30 Uhr Gespräch mit Adilio Custodio, Leiter der EU-Polizeiberatermission EUPOL
- 19.00 Uhr Kulturprogramm mit Abendessen auf Einladung der GTZ (mit kongolesischen Abgeordneten)

Samstag, 11. März 2006

- 07.45 Uhr Gespräch mit Präsidentenberater Okitundu
- 08.30 Uhr Abfahrt Hotel
- 09.00 Uhr Besichtigung des "Maison des Elections", eines Gemeinschaftsprojektes der Unabhängigen Wahlkommission und der Medienbehörde mit Unterstützung der GTZ, Diskussion mit Abgeordneten
- 11.30 Uhr Weiterfahrt/Mittagessen
- 13.30 Uhr Gedankenaustausch mit Vertretern kongolesischer Nichtregierungsorganisationen
- 16.00 Uhr Abschlussgespräch beim deutschen Botschafter
- 16.45 Uhr Abfahrt zur Galerie von Prof. Lyolo
- 17.30 Uhr Galerie Prof. Lyolo
- 19.00 Uhr Abfahrt zum Flughafen
- 22.10 Uhr Abflug Air France